21. Wahlperiode

Drucksache **21/5465**

HESSISCHER LANDTAG

03. 11. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frauen in der Landwirtschaft stärken – Existenzgründungen fördern, Beratung ausbauen und Gleichstellung voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Frauen die hessische Landwirtschaft in vielfältiger Weise prägen und maßgeblich zu ihrer wirtschaftlichen, sozialen und strukturellen Entwicklung beitragen. Sie tragen Verantwortung in den Betrieben, bei der Hofnachfolge, der Erschließung neuer Einkommensquellen und im gesellschaftlichen Leben ländlicher Räume. Dennoch werden bundesweit nur rund elf Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe von Frauen geleitet. Strukturelle Hürden bei Gründung, Hofübernahme, beim Zugang zu Kapital und Fördermitteln sowie bei der sozialen Absicherung bestehen fort.

2. Der Landtag begrüßt den Beschluss der Agrarministerkonferenz vom 25. September 2026 zur Stärkung von Frauen in der Landwirtschaft. Er bedauert, dass Hessen sich der weitergehenden Protokollerklärung von Niedersachsen, Bremen und Hamburg nicht angeschlossen hat. Er fordert die Landesregierung auf, sich für ein dauerhaftes, bürokratiearmes und geschlechterdifferenziertes Monitoring der Agrarförderung und eine bessere statistische Erfassung von Frauen in der Landwirtschaft einzusetzen. Dabei sollen insbesondere gemeinsame Betriebsführungen, mitarbeitende Familienangehörige und unterschiedliche Rechtsformen berücksichtigt werden.

3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die bestehenden Beratungsangebote des Landesbetriebs Landwirtschaft Hessen (LLH) für Frauen bei Existenzgründungen, inner- und außerfamiliären Hofnachfolgen, Unternehmensführung und Diversifizierung durch gezieltes Coaching, Mentoring und betriebswirtschaftliche Beratung auszubauen. Dabei sollen bewährte Ansätze anderer Bundesländer, insbesondere aus Niedersachsen, berücksichtigt werden. Zudem sind eine geschlechtergerechte Hofnachfolge und die Überwindung tradierter Rollenbilder stärker in der landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung zu berücksichtigen.

4. Der Landtag begrüßt die Empowerment-Reihe des LLH und des Landfrauenverbandes Hessen, die auch im Rahmen des Projekts „100 nachhaltige Bauernhöfe“ unterstützt wird. Er kritisiert, dass mit dem vorgesehenen Auslaufen des Projekts 2027 die Fortführung dieser Angebote nicht gesichert ist. Er fordert die Landesregierung auf, eine tragfähige Anschlusslösung zu schaffen und erfolgreiche Qualifizierungs-, Beratungs- und Vernetzungsformate dauerhaft zu verankern.

5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die landwirtschaftliche Investitions- und Diversifizierungsförderung geschlechtergerecht weiterzuentwickeln und Hürden für Gründerinnen und Hofnachfolgerinnen beim Zugang zu Finanzierung, landwirtschaftlichen Flächen sowie Eigentums- und Beteiligungsverhältnissen abzubauen. Dabei sind insbesondere außerfamiliäre Hofübernahmen und mögliche strukturelle Benachteiligungen durch Altersgrenzen bei der Gründungsförderung zu berücksichtigen.

6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die rechtliche und soziale Absicherung von Frauen in landwirtschaftlichen Betrieben durch gezielte Beratung zu Altersvorsorge, Beschäftigungs- und Eigentumsverhältnissen sowie zur Absicherung bei Trennung, Scheidung und Tod zu verbessern. Auf Bundesebene soll sie sich für eine bessere Berücksichtigung von Versicherungszeiten aus unterschiedlichen Alterssicherungssystemen, wirksame Maßnahmen gegen Altersarmut und einen wirksamen Mutterschutz für selbstständige und unentgeltlich mitarbeitende Frauen sowie die Vereinbarkeit von Landwirtschaft, Familie und Pflege stärken.

Eingegangen am 3. November 2026 · Ausgegeben am 3. November 2026

Druck und Auslieferung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden

7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in agrarpolitischen Gremien und der ländlichen Entwicklung, insbesondere in landeseigenen und landesnahen Entscheidungsgremien, zu stärken. Die Landesregierung soll dem zuständigen Ausschuss des Hessischen Landtags regelmäßig über die Umsetzung der Maßnahmen berichten.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 3. November 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)